

Freiwillig und partnerschaftlich

Autor(en): **Roch, Philippe / Schmid, Hans-Luzius**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie extra**

Band (Jahr): - **(2003)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-638534>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Freiwillig und partnerschaftlich

Zuständig für die Umsetzung der energie- und klimapolitischen Ziele der Schweiz sind das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) sowie das Bundesamt für Energie (BFE).

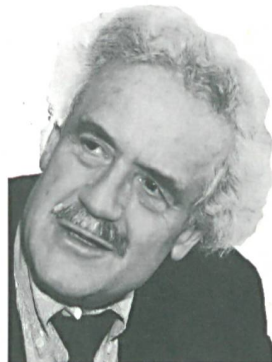
Hauptinstrument ist das Programm *EnergieSchweiz*, das an das erfolgreiche Programm Energie 2000 anknüpft.

energie extra stellte den beiden Vorkämpfern für eine nachhaltige Klimapolitik die entscheidende Frage: Glauben Sie daran, dass die Wirtschaft die Ziele der CO₂-Gesetzgebung auf freiwilliger Basis erreichen kann – und will?



Philippe Roch, Direktor des Bundesamts für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL):

«Das CO₂-Gesetz, das Kernstück der schweizerischen Klimapolitik, misst freiwilligen Massnahmen einen hohen Stellenwert bei. Freiwilligkeit hat Vorrang vor einem staatlichen Eingriff. Mit ihrem breiten Engagement zur Reduktion der CO₂-Emissionen nimmt die Wirtschaft die damit verbundene Selbstverantwortung ernst und beweist, dass der freiwillige Weg gangbar ist. Die einzigartige Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Behörden ist international beispielhaft und stösst in den USA und EU-Ländern auf grosses Interesse.»



Hans-Luzius Schmid, stv. Direktor Bundesamt für Energie, Programmleiter *EnergieSchweiz*:

*«Im Rahmen des Programms *EnergieSchweiz* liefert die Wirtschaft den Tatbeweis für die Wirksamkeit des freiwilligen Ansatzes. Dieser wurde mit dem Aktionsprogramm Energie 2000 zum ersten Mal erprobt und mit dem Energie- und dem CO₂-Gesetz gesetzlich verankert und verstärkt. Zielvereinbarungen und Agenturen sind Eckpfeiler dieses freiwilligen, partnerschaftlichen Ansatzes des Programms *EnergieSchweiz*, das die schweizerischen Energie- und Klimaziele erreichen und eine nachhaltige Energieversorgung einleiten soll – basierend auf energieeffizienten Technologien und erneuerbaren Energien. Je mehr *EnergieSchweiz* mit freiwilligen Massnahmen erreicht, desto geringer ist die allenfalls noch erforderliche CO₂-Abgabe.»*



Klimakatastrophe: So sieht Zeichner Andreas Locher die Zukunft unseres Planeten ...

ZEMENTINDUSTRIE

Pneus für Öl

Die erste Zielvereinbarung ist seit dem 10. Februar unter Dach und Fach. Als erste Branche unterschrieb die Zementindustrie.

Das CO₂-Gesetz und das Programm *EnergieSchweiz* zeigen Wirkung. Bundesrat Moritz Leuenberger hat mit der in der *cemsuisse* verbundenen Zementindustrie eine Zielvereinbarung zur Begrenzung des CO₂-Ausstosses unterzeichnet. Mitglieder der *cemsuisse* sind die drei Unternehmen *Vigier Cement AG*, *Jura Cement* und *Holcim Schweiz AG*.

Verpflichtung. In der Zielvereinbarung verpflichtet sich die *cemsuisse*, die fossilen CO₂-Emissionen bis 2010 gegenüber 1990 um 44,2 Prozent zu reduzieren. Dies entspricht einer Verminderung der CO₂-Emissionen von 586 000 Tonnen. Möglich wird diese starke Reduktion durch die grossen Anstrengungen der Zementindustrie, Kohle und Öl durch alternative Brennstoffe zu ersetzen. Als alternative Brennstoffe setzen die Zementunternehmen hauptsächlich Altöl, Trockenklärschlamm, Tiermehl (kein Knochenmehl), alte Lösungsmittel, Altpneus und Kunststoffabfälle ein – Stoffe, die sonst anderswie entsorgt werden müssten.

Die Zementunternehmen haben den international hohen Anteil an alternativen Brennstoffen von heute rund 40 Prozent bereits erreicht und wollen diesen halten. Ausserdem hat sich die Zementindustrie verpflichtet, auch die so genannten geogenen CO₂-Emissionen um insgesamt 30,3 Prozent zu reduzieren. Dabei handelt es sich um Emissionen, die beim Brennen des Kalksteines freigesetzt werden. Diese zweite Reduktionsleistung ist im schweizerischen CO₂-Gesetz zwar nicht vorgesehen, wohl aber im Klimaprotokoll von Kyoto. Sie kann darum an der schweizerischen CO₂-Bilanz angerechnet werden.

Spitze. Die Schweiz steht in der nachhaltigen Zementproduktion weltweit an der Spitze. Die in der Schweiz entwickelte Verfahrenstechnologie findet zudem in vielen anderen Ländern Anwendung und trägt so weltweit zu einer nachhaltigen Produktionsweise bei. Laut *cemsuisse*-Präsident Leo Mittelholzer hat die Zementindustrie in den Einsatz von alternativen Brennstoffen seit 1990 bereits 150 Mio. CHF investiert.

Im Bereich der Industrie ist *cemsuisse* die erste Branche, mit der das Departement für Umwelt, Verkehr und Kommunikation (UVEK) eine Zielvereinbarung unterzeichnet hat.